

- Punkt 2.4 Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 09.10.2019 betreffend Vorstellung und Einblicke in die Arbeit der Ärztenossenschaft ÄGIVO
Vorlage: 18-1431
- Punkt 2.5 Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 09.10.2019 auf Einrichtung eines Kreis-Jugendparlamentes
Vorlage: 18-1432
- Punkt 2.6 Antrag der FREIE WÄHLER-Fraktion vom 10.10.2019 betreffend Konzept zur Stärkung von Handwerk und Nahversorgung im Kreis Bergstraße
Vorlage: 18-1433
- Punkt 2.7 Antrag der Fraktionen von GRÜNE und DIE LINKE. vom 10.10.2019 zum Thema "Integration geflüchteter Menschen"
Vorlage: 18-1436
- Punkt 2.8 Antrag der Fraktionen von GRÜNE und FDP vom 10.10.2019 betreffend Einrichtung eines Beteiligungsausschusses und Änderungsantrag der ALB-Fraktion hierzu
Vorlagen: 18-1437 und 18-1437/1
- Punkt 2.9 Antrag der FDP-Fraktion vom 10.10.2019 zum Thema "B 38 Ortsumfahrung Rimbach/Fürth"
Vorlage: 18-1438
- Punkt 2.10 Verschiedenes

Anwesende:

Kreistagsvorsitzender:

Schneider, Gottfried CDU

CDU-Fraktion:

Oehlenschläger, Volker	CDU	Fraktionsvorsitzender
Burelbach, Rainer	CDU	(anwesend bis ztw. TOP 2.4)
Fera, Pia	CDU	
Freudenberger, Heinz-Dieter	CDU	
Galvagno, Lisa	CDU	(anwesend ab ztw. TOP 2.1)
Glab, Hannelore	CDU	
Glanzner, Helmut	CDU	
Heitland, Birgit, MdL	CDU	
Jünge, Olaf	CDU	
Kunkel, Joachim	CDU	
Kusicka, Felix	CDU	
Müller, Anja	CDU	
Richter, Rolf	CDU	(anwesend bis ztw. TOP 2.8)
Ringhof, Martin	CDU	

Röchner, Herbert	CDU
Roeder, Oliver	CDU
Schader, Barbara	CDU
Schich-Kiefer, Ingrid	CDU
Schönung, Christian	CDU
Stephan, Peter	CDU
Volkert, Torsten	CDU

SPD-Fraktion:

Fiedler, Josef	SPD	Fraktionsvorsitzender
Baaß, Matthias	SPD	
Bersch, Rainer	SPD	(anwesend bis ztw. TOP 2.6)
Catalani-Wilhelm, Luciana	SPD	
Dörsam, Andreas	SPD	
Hartmann, Karin, MdL	SPD	
Herbert, Gerhard	SPD	(anwesend bis ztw. TOP 2.8)
Kaltwasser, Jürgen	SPD	
Klingler, Jens	SPD	
Pfeifer, Herold	SPD	
Rothmüller, Josef	SPD	
Schmidt, Marius	SPD	(anwesend bis ztw. TOP 2.8)
Schmitt, Norbert	SPD	
Steiß, Brigitte	SPD	
Wingerter, Sven	SPD	(anwesend bis ztw. TOP 2.9)
Winter, Lydia	SPD	

GRÜNE-Fraktion:

Berg, Evelyn	GRÜNE	Fraktionsvorsitzende
Ruoff, Jochen	GRÜNE	Fraktionsvorsitzender
Bezzaz, Heidi	GRÜNE	
von Fumetti, Christoph	GRÜNE	
Groh, Anna-Lena	GRÜNE	
Metz-Denefleh, Anne	GRÜNE	
Schäffer, Manfred	GRÜNE	
Sterzelmaier, Doris	GRÜNE	

FDP-Fraktion:

Hörst, Christopher	FDP	Fraktionsvorsitzender
Fischer, Tobias	FDP	
Dr. Habich, Holger	FDP	(anwesend bis ztw. TOP 2.9)
Obermair, Michael	FDP	
Sürmann, Frank	FDP	
Vetter, Burkhard	FDP	

AfD-Fraktion:

Krause, Reinhard	AfD	Fraktionsvorsitzender
Horle, Margareta	AfD	
Kahnt, Rolf, MdL	AfD	
Schmidt, Peter	AfD	
Dr. Schuster, Erwin	AfD	

FREIE WÄHLER Fraktionsgemeinschaft:

Öhlenschläger, Walter	FREIE WÄHLER FG	Fraktionsvorsitzender (anwesend von ztw. TOP 2.1 bis ztw. TOP 2.8)
Golzer, Norbert	FREIE WÄHLER FG	
Lindner, Myriam	FREIE WÄHLER FG	
Zenker, Veronika	FREIE WÄHLER FG	

ALB-Fraktion:

Elzer, Thomas	ALB	Fraktionsvorsitzender
Amrhein, Helmut	ALB	
Gathmann, Ingrid	ALB	

Fraktion DIE LINKE.:

Dr. Schwarz, Bruno	DIE LINKE.	Fraktionsvorsitzender
Henrich, Christiane	DIE LINKE.	

Kreisausschuss:

Engelhardt, Christian	Landrat
Stolz, Diana	Erste Kreisbeigeordnete
Krug, Karsten	Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter
Buser, Volker	Kreisbeigeordneter (anwesend ab ztw. TOP 2.1)
Dechnig, Beate	Kreisbeigeordnete
Fabian, Thomas	Kreisbeigeordneter (anwesend bis ztw. TOP 2.5)
Götz, Fritz	Kreisbeigeordneter
Klee, Heinz	Kreisbeigeordneter
Mohler, Herbert	Kreisbeigeordneter
Sander, Brigitte	Kreisbeigeordnete
Schramm, Rita	Kreisbeigeordnete (anwesend bis ztw. TOP 2.4)
Dr. Schweidler, Hans Jürgen	Kreisbeigeordneter
Szych, Karl Heinz	Kreisbeigeordneter
Vock, Philipp-Otto	Kreisbeigeordneter

Verwaltung:

Behrendt, Katharina	Abt. Recht, Kommunalaufsicht und Kreisgremien
Lannert, Mathias	Abt. Controlling, Projektmanagement und Grundsatz
Weis, Lisa	Abt. Controlling, Projektmanagement und Grundsatz
Medert, Martin	Abt. Finanz- und Rechnungswesen (anwesend bis ztw. TOP 2.3)
Artischewski, Beate	Abt. Finanz- und Rechnungswesen (anwesend bis ztw. TOP 2.3)
Dr. Bunsch, Johannes	Abt. Presse, Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation
Engel, Alexander	Auszubildender (FB Kreisgremien)
Apilongo, Cosima	Auszubildende (Abt. Finanz- und Rechnungswesen)
Zielonka, Lena	Auszubildende (Eigenbetrieb Neue Wege)

Schriftführerinnen:

Degenhardt, Nadja	Fachbereich Kreisgremien
Schüßler, Helene	Fachbereich Kreisgremien

Punkt 1.2.2: **Anfrage der AfD-Fraktion vom 04.10.2019 zu Aktivitäten der Neuen Wohnraumhilfe Darmstadt und Beantwortung hierzu**
Vorlagen: 18-1427 und 18-1427/1

Der Kreistag hat von der in der Sitzung verteilten Beantwortung der Anfrage Kenntnis genommen.

Punkt 1.2.3: **Anfrage der AfD-Fraktion vom 04.10.2019 zur Neufassung der Trägerschaft der Eingliederungshilfe und Beantwortung hierzu**
Vorlagen: 18-1428 und 18-1428/1

Der Kreistag hat von der in der Sitzung verteilten Beantwortung der Anfrage Kenntnis genommen.

Punkt 1.2.4: **Anfrage der ALB-Fraktion vom 20.10.2019 betreffend Umrüstung der Draisinen der Überwaldbahn und Beantwortung hierzu**
Vorlagen: 18-1458 und 18-1458/1

Der Kreistag hat von der in der Sitzung verteilten Beantwortung der Anfrage Kenntnis genommen.

Punkt 1.3: **Zweiter Finanz- und Controllingbericht für das Haushaltsjahr 2019**
Vorlage: 18-1430

Der Kreistag hat von der Vorlage 18-1430 und dem vorgelegten zweiten Finanz- und Controllingbericht Kenntnis genommen.

Tagesordnung 2 (mit Aussprache)

Punkt 2.1: **Vorlage der Entwürfe der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2020 und des Investitionsprogramms für den Zeitraum 2020 bis 2023**
Vorlage: 18-1487

Die Vorlage 18-1487 wurde in der Sitzung an die Mitglieder des Kreistages verteilt.

Der Finanzdezernent, Herr Kreisbeigeordneter Krug, erläuterte die Rahmenbedingungen und Eckdaten der eingebrachten Zahlenwerke und gab einen kurzen Ausblick auf die folgenden Haushaltsjahre.

Die Ausführungen von Herrn Kreisbeigeordneten Krug stehen in digitaler Form in Mandatos / im Ratsinformationssystem des Kreises zur Verfügung (ein Abdruck ist dem Original dieser Niederschrift beigelegt).

Die Zahlenwerke stehen ebenfalls als Anlagen zur Vorlage 18-1487 digital in Mandatos / im Ratsinformationssystem des Kreises zur Verfügung; auf Wunsch erhielten die Mitglieder des Kreistages Druckexemplare der Zahlenwerke.

Die Vorlage 18-1487 wurde vom Kreistag zur Kenntnis genommen und die Zahlenwerke zur weiteren Beratung und Vorbereitung der Beschlussfassung durch den Kreistag an die Ausschüsse verwiesen.

**Punkt 2.2: Grundschulstandort Lorsch, 2. Grundschule
Vorlage: 18-1414**

Herr Landrat Engelhardt erläuterte kurz die Vorlage.

Der Kreistag fasste sodann folgenden

Beschluss:

Der Kreistag des Kreises Bergstraße beschließt, dass der Eigenbetrieb Schule und Gebäudewirtschaft bereits vor Verabschiedung und Genehmigung der derzeitigen Fortschreibung des Schulentwicklungsplans aufgrund der Eilbedürftigkeit bereits jetzt mit der Planung für eine zweite Grundschule in Lorsch beginnt. Diese Maßnahme wird in die Fortschreibung des Schulentwicklungsplans mit aufgenommen und dem Hessischen Kultusministerium zur Genehmigung vorgelegt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

**Punkt 2.3: Antrag der AfD-Fraktion vom 04.10.2019 betreffend Gesetzentwurf "Starke Heimat Hessen" und Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und SPD hierzu
Vorlagen: 18-1429 und 18-1429/1**

Herr Kreistagsvorsitzender Schneider wies daraufhin, dass seitens der Fraktionen ebenfalls Hinweise zu den klimarelevanten Auswirkungen ihrer Anträge darzulegen seien.

Herr Kreistagsabgeordneter Krause (AfD) begründete den Antrag seiner Fraktion mit dem Wortlaut:

„Der Kreistag möge beschließen:

1. Der Kreistag Bergstraße unterstützt die Beschlussfassung des Hessischen Landkreistages, originär „kommunales Geld“ nicht unter allen hessischen Gemeinden und Kreisen zu Lasten der großen, gewerbesteuerstarken Städte zu verteilen und lehnt den vorgelegten Gesetzentwurf der hessischen Landesregierung „Starke Heimat Hessen“ (Drucksache HLT 20/784) ab.

2. Der Kreistag Bergstraße fordert die Hessische Landesregierung auf, die zum Jahresende auslaufende bundesgesetzliche Regelung für die erhöhte Gewerbesteuerumlage nicht durch eine neue – verfassungsrechtlich bedenkliche – Heimatumlage des Landes Hessen zu ersetzen. Die Gesetzesinitiative ist zurückzuziehen, die frei werdenden Mittel sind zu 100 % den Städten und Gemeinden zu belassen, die alleine nach § 6 Abs. 1 GFRG umlagepflichtig sind.“

Herr Kreistagsabgeordneter Kunkel (CDU) erläuterte den Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und SPD.

Herr Kreistagsvorsitzender Schneider ergänzte, es handele sich bei den Anträgen um Resolutionsanträge, da hier eine Organzuständigkeit des Kreises fehle.

An der anschließenden Aussprache beteiligten sich die Kreistagsabgeordneten Herr Hörst (FDP), Herr Öhlenschläger (FREIE WÄHLER), Herr Baaß (SPD) und Herr Ruoff (GRÜNE). Herr Hörst beantragte die getrennte Abstimmung der Ziffern 1 - 3 des Änderungsantrages der Fraktionen von CDU und SPD.

Der Kreistag fasste sodann auf Grundlage des Änderungsantrages der Fraktionen von CDU und SPD folgenden

Beschluss:

1. Der Kreistag sieht es als eine zentrale Zielsetzung an, die Kommunen im Landkreis in ihrer eigenverantwortlichen Entwicklung zu unterstützen.
2. Deshalb sieht der Kreistag es für selbstverständlich an, dass die Gelder aus der reduzierten Gewerbesteuerumlage bei den Kommunen verbleiben. Dabei teilt der Kreistag die Einschätzung des Hessischen Landkreistages, dass es grundsätzlich vorzuziehen ist, kommunale Gelder in den vereinbarten Finanzstrukturen und - Beziehungen zu belassen, statt sie für neue „Strukturen“ diesem System zu entnehmen.
3. Das Programm „Starke Heimat Hessen“ des Landes wird hinsichtlich seiner Wirkung auf kommunaler Ebene unterschiedlich beurteilt: Einige Kommunen sehen sich beeinträchtigt durch verlorene Finanzmittel, andere erhoffen sich zusätzliche Mittel und Möglichkeiten. Damit kann das Programm zurzeit nicht eindeutig hinsichtlich seiner zu erwartenden Wirkung eingeschätzt werden. Aus diesem Grund sollte dem Programm eine Laufzeit von 2 bis 3 Jahren eingeräumt werden, in der man konkrete Erfahrungen sammelt und auf dieser Basis dann eine endgültige Bewertung des Programms vornimmt.

Abstimmungsergebnisse:

Zu Ziffer 1: Einstimmig bei einer Stimmenthaltung beschlossen.

Zu Ziffer 2: Einstimmig bei einer Stimmenthaltung beschlossen.

Zu Ziffer 3: Mehrheitlich bei 20 Neinstimmen und 4 Stimmenthaltungen beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

**Punkt 2.6: Antrag der FREIE WÄHLER-Fraktion vom 10.10.2019 betreffend Konzept zur Stärkung von Handwerk und Nahversorgung im Kreis Bergstraße
Vorlage: 18-1433**

Herr Kreistagsabgeordneter Öhlenschläger (FREIE WÄHLER) erläuterte den Antrag seiner Fraktion mit dem Wortlaut:

„Der Kreistag Bergstraße möge beschließen:

Der Kreisausschuss wird beauftragt ein Konzept zur Stärkung von Handwerksbetrieben und Nahversorgern im Kreis Bergstraße zu erarbeiten. Dieses Konzept soll dem Kreistag Bergstraße im 1. Quartal des Jahres 2020 zur Verabschiedung vorgelegt werden.“

An der anschließenden Aussprache beteiligten sich die Kreistagsabgeordneten Herr Pfeifer (SPD), Herr Krause (AfD), Herr Ruoff (GRÜNE). Nach den Redebeiträgen beantragte Herr Kreistagsabgeordneter Dr. Habich (FDP) den Verweis des Antrages in den Ausschuss. Herr Kreistagsabgeordneter Oehlenschläger (CDU) sprach gegen den Verweisungsantrag.

Der Antragsteller Herr Kreistagsabgeordneter Öhlenschläger (FREIE WÄHLER) zog den Antrag anschließend zurück.

**Punkt 2.7: Antrag der Fraktionen von GRÜNE und DIE LINKE. vom 10.10.2019 zum Thema "Integration geflüchteter Menschen"
Vorlage: 18-1436**

Herr Kreistagsabgeordneter Hörst (FDP) erläuterte den Antrag seiner Fraktion mit dem Wortlaut:

„Der Kreistag möge beschließen:

Der Ausschuss für Schule und Soziales wird beauftragt, sich umfassend mit der Situation der geflüchteten Menschen, die sich im Kreis Bergstraße aufhalten auseinander zu setzen und Empfehlungen für eine gelingende Integrationsarbeit zu erarbeiten.

Dabei sind neben grundsätzlichen Fragestellungen vor allem die Praxiserfahrungen aus den unterschiedlichen Erfahrungsfeldern der Arbeit mit geflüchteten Menschen einzubeziehen.

Besonders Augenmerk ist dabei zu legen auf:

- die konkreten Angebote von Sprachkursen als eine wesentliche Grundlage für Integration

- die konkreten Angebote und Hindernisse bei der Vermittlung einer Wohnung nach der Anerkennung bzw. Duldung
- die konkreten Angebote und Hindernisse bei der Vermittlung von Arbeit
- die soziale Betreuung der Geflüchteten in allen Lebenslagen
- Angebote zur Integration über die Sprachkurse hinaus
- Die Anzahl der ehrenamtlich Engagierten vs. hauptamtlich Beschäftigte
- Darstellung der Situation durch betreuende Kräfte. als auch von geflüchteten Menschen selbst.“

Frau Kreistagsabgeordnete Heitland (CDU) beantragte die Verweisung des Antrages zur weiteren Beratung und abschließenden Beschlussfassung in den Ausschuss für Schule und Soziales.

Dem Verweisungsantrag wurde sodann zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei 6 Stimmenthaltungen beschlossen.

**Punkt 2.8: Antrag der Fraktionen von GRÜNE und FDP vom 10.10.2019 betreffend Einrichtung eines Beteiligungsausschusses und Änderungsantrag der ALB-Fraktion hierzu
Vorlagen: 18-1437 und 18-1437/1**

Herr Kreistagsabgeordneter Hörst (FDP) erläuterte den gemeinsamen Antrag der Fraktionen von GRÜNE und FDP mit dem Wortlaut:

„Der Kreistag möge beschließen:

1. Es wird gemäß § 62 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) ein Beteiligungsausschuss gebildet. Der Beteiligungsausschuss besteht aus 11 Mitgliedern und setzt sich nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen zusammen (§ 62 Abs. 2 HGO, „Benennungsverfahren“). Er nimmt seine Arbeit umgehend, spätestens in der anstehenden Sitzungsrunde auf.
2. Diejenigen Fraktionen, die keinen Sitz im Beteiligungsausschuss haben, können einen Vertreter mit beratender Stimme entsenden (§ 62 Abs. 4 Satz 2 HGO).
3. Der Beteiligungsausschuss ist für sämtliche Beteiligungen – unabhängig von deren Rechtsform und dem Beteiligungsgrad sowie der hierarchischen Stellung im Beteiligungsgefüge – zuständig. Er bereitet sämtliche Entscheidungen des Kreistags mit Bezug auf Beteiligungen des Kreises Bergstraße vor.
4. Zu diesem Zweck behandelt der Ausschuss vorrangig sämtliche bisher von dem Haupt-, Finanz- und Personalausschuss (unter anderem Wirtschaftspläne, Jahresabschlüsse der Eigenbetriebe, Grundsatzentscheidungen zum Verhältnis des Kreises Bergstraße zu ihren Gesellschaften, Gründung neuer Gesellschaften, Beratung über Gesellschaftsverträge, Quartalsberichtserstattungen der Gesellschaften) bearbeiteten Beteiligungsthemen.

5. Er ist zunächst damit zu befassen, an der Ausarbeitung einer Beteiligungsrichtlinie beteiligt zu werden und überwacht künftig die Einhaltung dieses Regelwerkes.

6. Der Beteiligungsausschuss berät zudem über die grundsätzliche Ausrichtung der Gesellschaften bzw. die Mitwirkung der Vertreter des Kreises Bergstraße. Er schlägt dem Kreistag und Kreisausschuss qualitative und quantitative Ziele zur Einbringung in die jeweiligen Beteiligungsgremien vor, überwacht ggf. deren Umsetzung und Einhaltung und erhält vom Kreisausschuss die Wirtschaftspläne und Jahresabschlüsse der Beteiligungen sowie den Beteiligungsbericht zur Kenntnisnahme zur Beratung vor Einbringung in den Kreistag. Darüber hinaus sind Inhalte der Ausschussarbeit: Grundsatzentscheidungen zum Verhältnis Kreis Bergstraße – Beteiligungen, Gründung neuer Gesellschaften, Quartalsberichte und Zwischenberichte der Beteiligungen, Gesellschaftsverträge und Satzungen der Eigenbetriebe, Auskunftspflichten der Beteiligungen, Struktur des Beteiligungswesens, Bestellung von Wirtschaftsprüfern.

7. Der Kreisausschuss legt einmal pro Jahr dem Kreistag eine Übersicht vor, welche die Jahresabschlüsse der jeweiligen Gesellschaften zur Kenntnisnahme, die künftigen Ziele sowie Angaben über die Zielerreichung des vergangenen Jahres (statistische Angaben für quantitative, Kurzbericht für qualitative Ziele) zur Kenntnisnahme enthält. Sofern der Beteiligungsausschuss zu den künftigen Zielen abweichende Vorstellungen im Vergleich zu anderen Anteilseignern hat, soll dies dem Kreistag zur Kenntnis gegeben werden.

8. Der Kreisausschuss wird gebeten, dafür Sorge zu tragen, dass auf Wunsch des Beteiligungsausschusses die Anwesenheit von Vertretern der Beteiligungen sichergestellt ist. Dies gilt insbesondere für die Beratung über Jahresabschlüsse und Ziele der Beteiligungen. Der Kreisausschuss wird ferner gebeten, auf Wunsch des Beteiligungsausschusses auch die Anwesenheit der jeweiligen Wirtschaftsprüfer zu ermöglichen.“

Herr Kreistagsabgeordneter Elzer (ALB) erläuterte den Änderungsantrag seiner Fraktion mit dem Wortlaut:

„Der Kreistag möge beschließen:

1. Es wird gemäß § 62 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) ein Beteiligungsausschuss gebildet.
Der Beteiligungsausschuss besteht aus 12 Mitgliedern und setzt sich nach dem Ergebnis einer Verhältniswahl entsprechend § 55 HGO zusammen.
Er nimmt seine Arbeit umgehend, spätestens in der anstehenden Sitzungsrunde auf.“

Herr Landrat Engelhardt nahm hierzu Stellung.

An der weiteren Beratung beteiligten sich die Kreistagsabgeordneten Herr Krause (AfD), Herr Ruoff (GRÜNE), Herr Fiedler (SPD), Herr Hörst (FDP) und Herr Oehlenschläger (CDU).

Herr Landrat Engelhardt erklärte, es werde ein Konzept zu möglichen Informationsbereitstellungen bezüglich der Beteiligungen erarbeitet.

Der Ursprungsantrag wurde abschließend mehrheitlich abgelehnt. Die Abstimmung über den Änderungsantrag der ALB-Fraktion entfiel.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich bei 22 Jastimmen abgelehnt.

Punkt 2.9: Antrag der FDP-Fraktion vom 10.10.2019 zum Thema "B 38 Ortsumfahrung Rimbach/Fürth" Vorlage: 18-1438

Herr Kreistagsabgeordneter Sürmann (FDP) erläuterte den Antrag seiner Fraktion.

Herr Landrat Engelhardt nahm hierzu Stellung.

An der weiteren Beratung beteiligten sich die Kreistagsabgeordneten Herr Rothmüller (SPD), Herr Ruoff (GRÜNE), Herr Oehlschläger (CDU) und Frau Lindner (FREIE WÄHLER).

Der Kreistag fasste sodann folgenden

Beschluss:

Der Kreisausschuss wird aufgefordert, sich in Gesprächen mit dem Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen dafür einzusetzen, dass die Fortführung der Ortsumfahrung der B38 bis Fürth-Krumbach prioritär geplant wird, die dafür erforderlichen Mittel bereitgestellt und mit der Umsetzung zeitnah begonnen werden kann.

Dem Kreistag ist über die Ergebnisse der Gespräche spätestens bis zur ersten Sitzungsrunde 2020 Bericht zu erstatten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei 9 Stimmenthaltungen beschlossen.

Punkt 2.10: Verschiedenes

Herr Kreistagsvorsitzender Schneider wies hin auf

- die nächste Sitzung des Kreistages am 02.12.2019 im Bürgerhaus der Stadt Bürstadt
- die vorbereitende Sitzung des Kreistagspräsidiums am 12.11.2019
- die mit E-Mail vom 29.10.2019 und Post vom 31.10.2019 versandte Übersicht über den Umsetzungsstand beschlossener Anträge aus den Kreistagssitzungen ab 10.12.2018.

Die Sitzung wurde um 19:58 Uhr durch den Kreistagsvorsitzenden Herrn Schneider geschlossen.

Unterzeichnung der Niederschrift:

gez. Schneider

Kreistagsvorsitzender

gez. Schüßler, gez. Degenhardt

Schriftführerinnen